

Pressemitteilung

„Die Branche wird die Kosten nicht mehr alleine tragen!“ Bauindustrie Hessen-Thüringen zum Anstieg der Preise für Baumaterialien

Wiesbaden, 27.01.2022

Auch im Internet abrufbar: www.bauindustrie-mitte.de

Aus den neuen „Konjunkturperspektiven“ des ifo-Instituts München geht hervor, dass die meisten Baufirmen ihre aktuelle Geschäftslage als „befriedigend“ einschätzen. Ihre Geschäftsentwicklung für die kommenden sechs Monate sehen die meisten Firmen im Bauhauptgewerbe als „etwa gleich“, aber diejenigen, die ihre Entwicklung als „ungünstiger“ einschätzen, sind seit dem August 2021 mehr als diejenigen, die ihre Zukunft „günstiger“ sehen. Das ist ein Stimmungsbild, das seinen wichtigsten Grund in den „Erwartungen“ Branche hinsichtlich der Baupreise betrifft: Hier gehen laut ifo-Institut immer mehr Firmen von weiteren „Steigerungen“ aus. Und das ist die statistische Realität: Die Baupreise haben nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes 2021 deutlich angezogen: Sie lagen im Jahresdurchschnitt um 8,8 Prozent über dem Vorjahresniveau. Besonders betroffen waren Stahl, Bitumen, Holz, Kupfer und Bauchemie. Entsprechend werden steigende Rohstoffpreise als Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des eigenen Unternehmens wahrgenommen: Im Rahmen der DIHK-Herbst-Umfrage 2021 gaben dies 74 Prozent der befragten Bauunternehmen an. Der Erzeugerpreis für Bauholz ist zum Jahresende zwar wieder gesunken. Die starken Preissteigerungen der Vormonate konnten aber nicht ausgeglichen werden: Der Preis lag im Dezember 2021 um 59,4 Prozent über dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreswertes. Eine Beruhigung der Preisentwicklung bei Dämmplatten aus Polystyrol ist nicht in Sicht: Der Preisindex ist im Dezember

binnen Monatsfrist um 4,9 Prozent gestiegen und lag damit um 34,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

„Für Bauunternehmen liegt das Problem von unerwarteten Preissteigerungen darin, dass diese bei langlaufenden Projekten nicht oder bisher nur in Ausnahmefällen an die Auftraggeber weitergegeben werden können“, kommentiert Burkhard Dr. Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Hessen-Thüringen e.V., die Situation. So gaben in der Herbst-Umfrage 2021 der Creditreform nur 16 Prozent der befragten Bauunternehmen an, dass sie die Preiserhöhungen vollständig an die Kunden weitergeben konnten. 70 Prozent konnten diese nur zum Teil weitergeben, der Rest blieb vollständig auf den zusätzlichen Kosten sitzen. „Dieses Risiko kann über Preisgleitklauseln oder über Kostenpuffer im Angebot abgesichert werden. Das ist bei der Neigung gerade öffentlicher Auftraggeber, das billigste, nicht das nachhaltigste Angebot anzunehmen, zwar derzeit nicht die Regel, wird aber das Bauen bald prägen müssen, um Insolvenzen zu verhindern“, so Dr. Burkhard Siebert: „Bauen wird teurer, und das werden nicht mehr nur die Baufirmen tragen, sondern alle spüren: öffentliche wie private Auftraggeber, Investoren, Nutzer, Mieter.“

Für 2022 ist zwar eine leichte Beruhigung der Baupreissteigerung in Sicht: Die Prognosen der Forschungsinstitute liegen bei Steigerungen zwischen 5,3 Prozent (Institut für Weltwirtschaft Kiel vom 15.12.2021) und 7,9 Prozent (Institut für Wirtschaftsforschung Halle vom 14.12.2021). In naher Zukunft werden aber weitere Faktoren relevant: Zum einen das Paket für neue Infrastrukturprojekte in den USA und zum anderen die Energie- und Mobilitätswende in Deutschland. Beides dürften große Treiber der Rohstoffnachfrage und somit der Preise sein. „Ein großes Problem ist jetzt schon, dass die steigende Nachfrage auf ein knappes Angebot trifft. Die Lieferfristen für Baumaterialien verlängern sich spürbar. Und auch der Anstieg der Energiepreise und Transportkosten wird das Bauen verändern. Das alles in einer Zeit, in der die Inflation gerade privates Bauen einschränkt, der Überraschungseffekt politischer Entscheidungen leider zunimmt“, so der BIV-Hauptgeschäftsführer.